

Geschäftszahl

BMB: 2026-0.480.805

BKA: 2026.0.451.640

BMFWF: 2026.0.483.209

BMWKMS: 2026.-0.455.632

BMWKMS: 2026.-0.440.659

**61/4.1**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel am 11./12. Mai 2026**

Am 11./12. Mai 2026 fand in Brüssel die Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport statt.

Österreich wurde für den Bildungsteil durch Herrn Bundesminister Christoph Wiederkehr und für die Teile Jugend, Kultur/Medien und Sport durch DPR Bot. Franz Wirtenberger vertreten.

Den Vorsitz für den Teil Bildung, Jugend und Sport führte Athena Michaelidou (CY Ministerin für Bildung, Sport und Jugend), für den Teil Kultur, Audiovisuelles und Medien Vasiliki Kassianidou (CY Vizeministerin für Kultur). Die Europäische Kommission war durch eVP Roxana Minzatu (Teil Bildung), eVP Henna Virkkunen (Teil Kultur) und Kommissar Glenn Micallef (Teil Jugend, Kultur und Sport) vertreten.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

### **Tagung des Rates – Teil Bildung**

- Der Rat nahm die partielle allgemeine Ausrichtung (PAA) für die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur „Einrichtung des Programms Erasmus+ für den Zeitraum 2028-2034“ an. Die PAA sieht vor, die Programme Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps zusammenzuführen. Das Programm soll weiterhin die

Bereiche Bildung, Jugend und Sport umfassen und die politischen Zielsetzungen der Union in diesen Bereichen unterstützen, insbesondere die Realisierung des Europäischen Bildungsraums, der Union of Skills und die Implementierung der Europäischen Jugendstrategie. Dabei werden die bewährten Mobilitäten und Partnerschaften zwischen Organisationen/Institutionen in den zwei zentralen Aktionslinien des Programms (1) Lernmöglichkeiten für Alle und (2) Kapazitätsaufbau fortgeführt. Bundesminister Wiederkehr betonte in seiner Wortmeldung die Bedeutung von Erasmus+ als eines der erfolgreichsten Programme der EU. Die Fortführung der bewährten Mobilitäts- und Partnerschaftsprojekte sowie der Exzellenzinitiativen sei für Österreich besonders wichtig. Ein zentrales Anliegen sei darüber hinaus die Chancengerechtigkeit, denn die Schule sei ein Ort, an dem man alle jungen Menschen erreiche. Mit der Annahme der PAA sei ein wichtiger Zwischenschritt gesetzt. Nun gelte es, die gemeinsame Linie im Interesse der jungen Menschen und der Lehrenden in die Trilogverhandlungen einzubringen, denn Erasmus+ eröffne ihnen einzigartige Chancen.

- Der Rat billigte die Schlussfolgerungen „zu Lehrkräften im Zeitalter der künstlichen Intelligenz (KI)“. Diese betonen die zentrale Rolle der Lehrkräfte in der Bildungsvermittlung, KI soll sie unterstützen, aber niemals ersetzen. Entscheidungen über den KI-Einsatz müssen stets auf pädagogischen Zielen basieren und die professionelle Urteilkraft der Lehrenden wahren. Die Anwendung von KI bietet Vorteile, bspw. Hilfe beim Schließen von Lernlücken durch individuelles Feedback oder der Abwicklung von administrativen Aufgaben durch Lehrkräfte, aber beinhaltet auch mögliche Risiken wie algorithmische Voreingenommenheit (Bias), Plagiate oder mangelnder Datenschutz, die von den Mitgliedsstaaten adressiert werden sollen.
- Im Anschluss führte der Rat eine Orientierungsaussprache zum Thema „Grundkompetenzen und der Europäische Bildungsraum: Brücken für die Zukunft bauen“. Die Ministerinnen und Minister diskutierten, wie man angesichts tiefgreifender und beschleunigter Veränderungen in der Welt sicherstellen kann, dass die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung gerüstet sind, Lernergebnisse zu verbessern und Bildungserfolg zu gewährleisten. Bundesminister Wiederkehr führte aus, dass Bildungssysteme stärker auf Evidenz, Anpassungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit auszurichten seien, um Grundkompetenzen zukunftssicher zu gestalten. Zeitgemäße Allgemeinbildung bestehe im Kern aus Grundkompetenzen, digitaler Souveränität, sozialen und adaptiven Fähigkeiten, Kreativität und kritischem Denken. Der Auftrag an nationale Bildungssysteme sei es, diese Kompetenzen systematisch zu entwickeln und miteinander zu verbinden. Bundesminister Wiederkehr betonte dabei folgende drei zentrale Elemente: (1) Stärkung der Autonomie der Schulen, denn eine gute Schule entstehe durch Beziehungen,

Vertrauen und schulautonome Freiräume; (2) Kontinuierliche und evidenzbasierte Weiterentwicklung der Lehrpläne und stärkere Integration der Themen „Demokratie, Kommunikation und Konfliktlösung“ sowie „KI“ in den Unterrichtsalltag; (3) Einführung einer Bildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr mit mittlerer Reife, um sicherzustellen, dass Jugendliche bis zu diesem Alter grundlegende Kompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch tatsächlich erworben haben. Darüber hinaus sollen mit dem Programm „Chancenbonus“ 400 auf Basis evidenzbasierter Kriterien ausgewählte Schulen mit besonders herausfordernden Rahmenbedingungen gezielt gefördert und mit zusätzlichem Personal unterstützt werden, damit Bildungserfolg weniger von der Herkunft abhängt. Zur europäischen Ebene sprach sich Bundesminister Wiederkehr für eine rasche Einigung auf einen gemeinsamen strategischen Rahmen für den Europäischen Bildungsraum 2026-2030 aus.

- Unter den sonstigen Informationspunkten informierte Kroatien zum Thema „Orientierung im KI-Zeitalter: Wie das Projekt „BrAln“ das kroatische Bildungssystem verbessert“. Die Slowakei informierte zum Thema „Koordinierte Maßnahmen für die Online-Sicherheit von Kindern“. Abschließend stellte Irland das Arbeitsprogramm für ihren kommenden Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2026 vor.

## **Tagung des Rates – Teil Jugend**

- Der Rat billigte die „Entschließung zur Überarbeitung des EU-Jugendstrategie-Arbeitsplans 2025–2027“, welche die Schwerpunkte zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in den kommenden drei Ratspräsidentschaften festhält. Weiters kam es zur Billigung der „Entschließung zu den Ergebnissen des elften Konsultationszyklus im Rahmen des EU-Jugenddialogs“, welche die Ergebnisse des elften Zyklus des EU-Jugenddialogs sowie die Ergebnisse der EU-Jugendkonferenzen im Laufe des Triovorsitzes beinhaltet.
- Im Rahmen der öffentlichen Orientierungsaussprache zu „Gewährleistung der Jugendfreundlichkeit politischer Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten“ betonte Botschafter Wirtenberger in Vertretung von Bundesministerin Claudia Bauer die Wichtigkeit der Mitbestimmung junger Menschen bei politischen, wie gesellschaftlichen Entscheidungen. Man spreche darüber, ob junge Menschen das Gefühl hätten, dass ihre Stimme zähle, ihre Realität gesehen werde und ihre Ideen wirklich etwas verändern würden. In Österreich hätten sich besonders jene Ansätze bewährt, bei denen junge Menschen nicht erst am Ende eines politischen Prozesses gefragt würden, sondern von Anfang an beteiligt seien. Gute Beispiele dafür seien Jugenddialoge, Jugendbeiräte, lokale Jugendparlamente und Beteiligungsformate in Schulen, Gemeinden und Jugendzentren. Dort könnten junge Menschen ihre

Erfahrungen direkt einbringen – zu Themen wie Bildung, Klima, Mobilität, Wohnen, Arbeit oder mentaler Gesundheit. Besonders wichtig sei dabei, dass Beteiligung nicht nur symbolisch bleibe.

- Der zyprische Vorsitz informierte anschließend über die Diskussion des informellen Frühstückstreffens mit Jugendlichen, bei dem das Thema „die EU-Jugendstrategie nach 2027“ im Zentrum gestanden habe.
- Unter den sonstigen Informationspunkten berichtete die Europäische Kommission über die Strategie zur Generationengerechtigkeit sowie über den Aktionsplan gegen Cybermobbing.
- Abschließend informierte Irland über die Prioritäten des kommenden Ratsvorsitzes. Ein detailliertes Programm werde Mitte Juni vorgestellt. Das Europäische Jugendziel Nummer 4 stehe im Fokus der Ratsschlussfolgerungen, um junge Menschen in einem sich weiterentwickelnden Informationsumfeld zu stärken und sichere Räume für junge Menschen in Europa zu fördern.

## **Tagung des Rates – Teil Kultur und Medien**

- Der Rat verabschiedete eine Partielle Allgemeine Ausrichtung zu „AgoraEU 2028-2034“ und stellte damit die Weichen für die Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament. Nur Bulgarien stimmte nicht zu. Nach achtmonatigen Verhandlungen einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine Fusionierung der EU-Programme „Creative Europe“ und „Citizens, Equality, Rights and Values“, Programmziele und Prioritäten in den Bereichen Culture, MEDIA+ und CERV+, die Bedingungen für die Teilnahme von Drittländern, die Rolle von nationalen Beratungsstellen AgoraEU Desks sowie die Einbindung von Mitgliedstaaten im Ausschussverfahren. Von Bedeutung für Österreich waren die Verankerung von kulturellen Kooperationsprojekten, unabhängigen (Ko-)Produktionen und Filmverleih, die Ausweitung der Medienförderung, die Stärkung von Zivilgesellschaft, Erinnerungskultur, Geschlechtergleichstellung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Einige Delegationen forderten den Vorsitz auf in einem nächsten Schritt die prozentuelle Budgetaufteilung auf die Programmbereiche zu diskutieren, um Planungssicherheit für die Kultur-, Film- und Medienbranche sowie zivilgesellschaftliche Organisationen zu gewährleisten.
- Der Meinungsaustausch war dem neuen EU-Arbeitsplan für Kultur 2027-2030 gewidmet, der unter irischem Vorsitz verhandelt und beschlossen werden soll. Ausgehend von der Evaluierung des aktuellen EU-Arbeitsplans 2023-2026 diene die Diskussion dem Ausloten künftiger Prioritäten und der Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Als dringende Handlungsfelder wurden Resilienz und Arbeitsbedingungen in

der Kulturbranche, Schutz der künstlerischen Freiheit und des kulturellen Erbes, Zugang zu Kultur insbesondere von jungen Menschen, Künstliche Intelligenz, Demokratie und Krisenvorsorge vor dem Hintergrund geopolitischer Ereignisse am häufigsten genannt. Österreich betonte die Bedeutung des EU-Arbeitsplans als strategisches und operatives Instrument des Rates und der betroffenen acht Vorsitze. Kommissar Micallef verwies auf den Kulturkompass und die geplante gemeinsame Deklaration der drei EU-Institutionen zu kulturpolitischen Grundsätzen.

- Unter den sonstigen Informationspunkten plädierten zahlreiche Delegationen, darunter auch Österreich, für die Stärkung einer unabhängigen und vielfältigen Medienlandschaft im Rahmen der Überarbeitung der Audiovisuelle Mediendienste-Richtlinie, die Überprüfung des EU-Urheberrechtsrahmens im Hinblick auf Künstliche Intelligenz sowie ein entschlossenes Vorgehen der EU zur Teilnahme von Russland an der Biennale Venedig. Polen informierte über einen Roundtable zu Kultur im Rahmen der nächsten Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine.
- Abschließend gab Irland eine Vorschau auf den Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2026. Folgende Themenschwerpunkte seien im Kultur- und Medienbereich geplant: AgoraEU 2028-2034, EU-Arbeitsplan für Kultur 2027-2030, Europäische Kulturhauptstädte ab 2034, EU-Kulturerbe-Siegel, Online-Sicherheit für Kinder und Jugendliche sowie die bevorstehende Novelle der AVMD-RL. Die nächste Ratstagung findet am 20. November 2026 in Brüssel statt.

## **Tagung des Rates – Teil Sport**

- Der Rat nahm die „Schlussfolgerungen zu Sporttourismus als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung“ einstimmig an. Für den Rahmen der Schlussfolgerungen einigte man sich auf eine Begriffsbestimmung, wonach Sporttourismus jene touristischen Aktivitäten umfasse, deren Motivation für die Reise in der Ausübung von Sport und körperlicher Aktivität sowie in der Teilnahme oder dem Besuch von Sportveranstaltungen, Wettkämpfen und sportbezogenen Attraktionen begründet liegt. Im Text wird im Wesentlichen ausgeführt, dass Sporttourismus die wirtschaftliche Dynamik des Tourismus mit dem sozialen, kulturellen und gesundheitsfördernden Wert des Sports verbindet und als strategisches Instrument für eine nachhaltige und langfristige lokale und regionale Entwicklung dienen kann. Bei verantwortungsvoller und maßvoller Planung kann Sporttourismus den territorialen Zusammenhalt, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Schutz des kulturellen Erbes fördern und gleichzeitig den lokalen Gemeinschaften dauerhafte wirtschaftliche, soziale und ökologische Vorteile bringen. Es wird mehrfach darauf hingewiesen, dass nachhaltiger Sporttourismus voraussetzt, dass sporttouristische Aktivitäten mit den Zielen des Umwelt- und

Klimaschutzes vereinbar sein müssten, um einen langfristigen Mehrwert für Besucher:innen und lokale Gemeinschaften zu bieten. Da verkehrsbedingte Emissionen einen erheblichen Anteil des ökologischen Fußabdrucks des Tourismus ausmachen, erfordert eine nachhaltige Entwicklung des Sporttourismus auch insbesondere eine klimabewusste Mobilitätsplanung.

- Der Gedankenaustausch fand zum Thema „psychische Gesundheit im Sport: von der Resilienz des Einzelnen zur Verantwortung der Systeme“ statt. Nach Eingangsstatements durch Kim Bui (eine ehemalige deutsche Leistungsturnerin) und George Loules (Sportlehrer, Doktorand in Sportpsychologie und Profi-Fußballtrainer) tauschten sich die Europäische Kommission, vertreten durch EU-Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport Glenn Micallef, und die EU-Sportminister:innen über Möglichkeiten der EU-Mitgliedstaaten, ihre Sportpolitik und Maßnahmen weiterzuentwickeln, um psychischen Druck im Sport zu reduzieren und die mentale Gesundheit von Athlet:innen, Trainer:innen, Schiedsrichter:innen sowie anderen Beschäftigten im Sport besser zu unterstützen, aus. Weiters stand die Frage nach Maßnahmen auf der EU-Ebene oder Formen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zur besseren Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit im Sport im Fokus. Österreich hob dabei hervor, dass Athlet:innen große Vorbilder seien und gleichzeitig unter enormem Druck stünden. Die Gesellschaft habe dafür Sorge zu tragen, diese bestmöglich zu schützen und zu unterstützen – sowohl vorbeugend als auch akut. Österreich informierte in diesem Kontext über das Österreichische Bundesnetzwerk Sportpsychologie, welches dem österreichischen Leistungs- und Nachwuchssport eine strukturierte sportpsychologische Betreuung nach internationalen Qualitätsstandards bereitstelle. Ziele des Netzwerks seien insbesondere: der Ausbau von Gesundheitskonzepten im organisierten Sport sowie die Früherkennung psychischer und sozialer Belastungen; die Entwicklung von Maßnahmen zur Entlastung; die Stärkung von Schutzfaktoren wie sozialer Unterstützung und Eigenständigkeit; die verpflichtende Einbindung von Expert:innen für mentale Gesundheit in Sportverbänden sowie die Verankerung psychischer Gesundheit als festen Bestandteil der Trainerausbildung. Da Kinder und Jugendliche besonders verletzlich seien, erfordere der Nachwuchsleistungssport gezielten Schutz sowie professionelle Begleitung. In Bezug auf die gesamteuropäischen Herausforderungen hob Österreich besonders folgende Aspekte hervor: breitenwirksame Sensibilisierung; systematische Aufklärung in allen sportrelevanten Institutionen wie Verbänden, Sportorganisationen sowie olympischen und paralympischen Strukturen; die Sichtbarmachung des Themas durch Kampagnen und Initiativen; wirksame Präventionsmaßnahmen sowie die Entwicklung gemeinsamer digitaler Monitoring-Systeme.

- Unter den sonstigen Informationspunkten informierte die niederländische Delegation über die Gefahren von Gehirnverletzungen im Sport, die slowenische Delegation über die Schlussfolgerungen von Lipica, die im Rahmen der Peer Learning Aktivität im Februar 2026 erarbeitet wurden. Weiters informierte Polen über die Auswirkungen der Zulassung von Sportler:innen aus Russland und Belarus zu internationalen Wettkämpfen unter ihren nationalen Symbolen auf die Organisation von Sportveranstaltungen in Europa sowie die Europäische Kommission über die Teilnahme russischer und belarussischer Sportler:innen an Sportwettkämpfen in Europa und diesbezügliche politische sowie sicherheitspolitische Überlegungen. Darüber hinaus präsentierte die Delegation Irlands ihr Arbeitsprogramm für den kommenden EU-Ratsvorsitz.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

9. Juli 2026

Christoph Wiederkehr, MA  
Bundesminister

Claudia Bauer  
Bundesministerin

Eva-Maria Holzleitner, BSc  
Bundesministerin

Andreas Babler, MSc  
Bundesminister